© Mit KI erstellt
Fiktiv: Friedrich Merz an der Gedenkstätte für die Opfer der Blockade Leningrads

Von Dagmar Henn

Wie wäre es, was wäre heute anders, hätte Deutschland alle Opfer des Nazismus gleich behandelt? Nein, ich will jetzt gar nicht anfangen von der Adenauer-Zeit und ihrer Kommunistenhatz. Vereinfachen wir den Gedanken etwas: alle Opfer eines Nazi-Genozids?

Zugegeben, das ist nicht so ganz einfach zu denken, weil man sich da den Kalten Krieg wegdenken muss, samt Winston Churchills berühmtem Satz vom "falschen Schwein", das man geschlachtet habe. Aber nur so als Idee – wenn das Verhältnis zur Sowjetunion und allen ihren Nachfolgestaaten ebenso Staatsräson wäre, wie das jetzt vom Verhältnis zu Israel gepredigt wird?

Meinung
Wie der Staat, so die Helden – die Ukraine und ihr faschistischer Todeskult

Immerhin, wenn man das reale Verhältnis zum heutigen Russland betrachtet, fällt einem doch irgendwie auf, dass es im Kalten Krieg womöglich gar nicht oder nur sehr oberflächlich um das politsche System ging. Klar, ein Ausbrechen aus einem halbkolonialen Status ist eine Sünde, die geahndet wird, so wie die kleine Insel Haiti seit zweihundert Jahren für ihren Sieg über die Sklaverei bluten muss; aber wie man sehen kann, ist die Verlockung all der vielen

Rohstoffe einfach zu groß, das politische System drum herum scheint nur so weit zu interessieren, ob es den Zugriff erlaubt oder behindert.

Irgendwie ist es genau dieses Argument, das ganz verborgen hinter der extrem unterschiedlichen Behandlung steckt. Warum sechs Millionen ermordete Juden als Grund eines moralischen Imperativs dargestellt werden, 27 Millionen tote Sowjetbürger jedoch nicht. Schließlich ging es in beiden Fällen um Morde mit rassistischer Begründung, und kaum jemand, der sich mit den Verbrechen der Wehrmacht etwa in Weißrussland auskennt, kann behaupten, da gäbe es irgendeinen grundlegenden moralischen Unterschied, ob jemand ermordet wird, weil er Jude oder weil er Slawe ist. Der einzige Gedanke, der da im Hintergrund vielleicht auftauchen kann, ist genau jener – dass es für den Mord an den Juden nicht den vermeintlich rationalen Antrieb der Rohstoffe gab.

Wobei man dabei natürlich übersieht, wie viele deutsche Konzerne hervorragend an der Arisierung ihrer Konkurrenz verdienten, beispielsweise. Und dass sich in der ideologischen Begründung, warum man gegen die Sowjetunion Krieg führen müsse, die beiden Motive ohnehin vermischten, in der bekannten Formulierung vom "jüdisch-bolschewistischen Untermenschen". Aber irgendwie muss doch konstruiert werden, dass das eine Opfer unschuldiger und gleichsam reiner ist als das andere. Schließlich bringt es die deutsche Bürokratie bis heute fertig, nur die jüdischen Opfer der Belagerung Leningrads zu entschädigen, als hätte man nicht alle Bewohner gleichermaßen zu Tode hungern wollen und als wäre es den Toten nicht letztlich gleich, ob sie nun als Juden, Slawen oder Bolschewiken ermordet wurden.

Aber stellen wir es uns einfach mal vor. Jedes Jahr wären die Jahrestage des Beginns wie des Endes der Blockade Leningrads Gedenktage, die mit öffentlichen Zeremonien begangen würden, symbolisch für den gesamten Genozid. An diesen Tagen würde die gesamte politische Elite des Landes zu den vielen lokalen Gedenkstätten pilgern, oft bei den Gräbern sowjetischer Kriegsgefanger gelegen, um Kränze niederzulegen, und seit vielen Jahren würden rund um diese Tage Zeitzeugenberichte und Spielfilme die Ereignisse immer wieder ins Gedächtnis rufen.

Analyse
Der Ukraine fehlt es an Helden, also gräbt sie tote Nazis aus

Ja, allein die Vorstellung einer Annalena Baerbock, wie sie mit tränenschwangerer Stimme von den Verpflichtungen spricht, die Leningrad der deutschen Politik auferlegt hätte, ist etwas, das die Vorstellungskraft fast überfordert. Dasselbe von Friedrich Merz? Den Gedanken müsste man lange üben. Doch das ist nur der zaghafte Anfang.

Wie wäre dieses Deutschland mit den Nazikollaborateuren umgegangen? Die Bandera-Zentrale in der Münchner Zeppelinstraße hätte es nie gegeben, ebenso wenig die ukrainische Freie Universität, die diese Truppen über Jahrzehnte ideologisch bei der Stange hielt und die sich freundlicher Gaben aus dem Vatikan, dem Bund und dem Freistaat Bayern erfreuen durfte. Das hätte dann übrigens nicht nur die Ukrainer getroffen, sondern auch die Balten, die Kroaten, die Bosnier und eine ganze Reihe Weiterer. Aber gut, mit diesen Leuten hatten nur wenige zu tun, die machten sich erst nach 1992 wieder so richtig unangenehm bemerkbar.

Das, was nach 1992 in der Ukraine passiert ist, hätte sich so jedenfalls nicht ereignen können. Denn mal gesetzt den Fall, nach 1945 wären all diese Organisationen wie die OUN nicht protegiert, sondern zerschlagen worden – ein Stepan Bandera, der irgendwann, vielleicht Ende der 1960er, vergessen in Bayern verstorben wäre, könnte auch keinen Nationalhelden hergeben. Ganz zu schweigen davon, wenn Deutschland, wie es eigentlich vor dem Kalten Krieg vorgesehen war, die Kriegsverbrecher der Hilfstruppen an die Sowjetunion ausgeliefert hätte.

(Gründe dafür hätte es übrigens gerade bei den Bandera-Leuten genug gegeben; die hatten sich noch in den Flüchtlingslagern in Bayern Dutzende Morde an ihrer politischen Konkurrenz gegönnt, weshalb Andrei Melnyk, der ehemalige ukrainische Botschafter in Deutschland, durchaus eine komische Figur ist – als wäre ihm nicht bewusst, dass die Anhänger der OUN-B die Anhänger der OUN-M in den Jahren nach dem Krieg mit Deckung der US-Behörden wie dann auch der deutschen sogar in einer eigenen Folterkammer verhörten und Melnyk also den Mördern der Anhänger seines Großvaters dient.)

Aber das ist noch ganz der Anfang. Man stelle sich mal ein Gesetz gegen antirussischen Rassismus vor, das so gestaltet wäre wie die Antisemitismus-Definition des Bundestags – also einschließen würde, dass jede Kritik an der russischen Regierung (oder der weißrussischen; über die Ukraine und die Balten könnte man ja nichts sagen, weil die Voraussetzungen der Entwicklung sich grundlegend geändert hätten) sofort unter Antirussismus fiele und womöglich strafrechtlich verfolgt würde. Mehr noch, wenn die Haltung zur Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten (hätte es sie dann je gegeben?) Voraussetzung für Einbürgerungen und Einstellungen wäre. Und sich auf allen möglichen politischen Ebenen staatlich finanzierte Antirussismusbeauftragte befänden, die sofort mit Tadel zur Stelle wären, wenn irgendwo von der Linie abgewichen wird.

Meinung

[Ukrainischer Terror: Wer sich mit Hunden ins Bett legt]

Ja, nichts wäre es mit den Aufteilungsplänen, dieser "Dekolonisierung Russlands", weil jeder, wirklich jeder, dank der gründlichen Unterrichtung über den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, in solchen Vorstellungen den Schatten des Amts Rosenberg erkennen würde. Dessen Treiben im Zusammenhang der vielen Gedenktage (am 22. Juni braucht es natürlich auch noch einen) immer wieder dargestellt wird. Selbstverständlich auch immer anlässlich der vielen Reisen deutscher Politiker nach Moskau, bei denen stets beteuert wird, wie unverbrüchlich die Freundschaft sei.

Aber mal angenommen, es wäre zu einer Aufspaltung der Sowjetunion in einer ähnlichen Weise gekommen, und ganz ohne deutsche Einmischung hätten sich nach einem Maidan die Bandera-Anhänger des Staates bemächtigt. Dieses fiktive Deutschland, für das der in der Sowjetunion an Sowjetbürgern verübte Genozid Grundlage einer Staatsräson wäre, hätte sich ohne Zögern gegen diese Macht in Kiew gestellt. Es hätte nicht nur Sanktionen gegen Kiew verhängt, es hätte nicht nur vom Selbstverteidigungsrecht des Donbass gesprochen, es hätte dorthin Waffen geliefert. Oder etwa nicht?

Da hätte das metergroße Bildnis Banderas neben der Maidan-Bühne genügt, um den ganzen Gedenkapparat in Bewegung zu versetzen. Dann hätte es Meldestellen für ukrainischen Nazismus gegeben, und statt Aufmärschen mit blaugelben Fahnen hätte es den Kampf gegen Rechts gegen Blaugelb gegeben.

Auf jeden Fall hätte es keine Aufforderung an den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch gegeben, die "friedlichen Demonstranten" nicht anzurühren. Im Gegenteil. Man hätte ihn offiziell bejubelt, hätte er diese Demonstranten mit ihren zweifelhaften Vorlieben scharf angegangen.

Alles wäre anders. Kein deutscher General würde vom Krieg gegen Russland träumen, das wäre ja fast schlimmer als ein Krieg gegen sich selbst, das wäre Verrat an allen Werten, die der staatlichen Ordnung zugrunde lägen. Man würde auch – sofern es sie geben würde – in den Beziehungen zu den Balten sehr darauf achten, nicht Anhänger von SS-Einheiten zu hofieren oder Überzeugungen zu fördern, die selbst an jene Ansichten erinnern, die die Nazis vertreten haben.

Ja, man würde noch offiziell jubeln, wenn dieses russische Gegenüber all das wäre, was ihm aktuell unterstellt wird; dazu muss man sich nur daran erinnern, wie deutsche Politiker in ihrer überwiegenden Mehrheit zu reagieren pflegen, wenn Israel mal wieder irgendeinen Nachbarn überfällt und dabei Journalisten und Sanitäter jagt und historische Denkmäler in Schutt und Asche legt oder Kinder einfängt und ohne Prozess über Jahre in Lagern gefangen hält.

Meinung
[Dänemark entdeckt: Stress macht Ukrainer zu Neonazis]

Es ist schwer, sich das vorzustellen. Aber so sehr der wirkliche Zustand jeder Logik zu spotten scheint und die Auswahl zwischen den guten und den bösen Opfern desselben Genozids derselben Täter jeder Logik Hohn spricht, das Ergebnis dieser Fantasie ist nicht notwendigerweise ein Wunschtraum.

Weil man am konkreten Fall Israel sehen kann, dass ein Zustand der Straflosigkeit über Jahrzehnte hinweg weder dem Staat noch dessen Bevölkerung guttut. Er ist zwar nicht der einzige, aber durchaus ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung, die es möglich gemacht hat, dass heute eine genozidale Politik, die abscheulichste Barbarei sogar völlig offen befürwortet, beschlossen und durchgeführt wird, während in Deutschland die "Staatsräson" zelebriert wird. Die Straflosigkeit begünstigt einen Verlust jeder Moral und Mitmenschlichkeit, und nicht nur auf offizieller Ebene. Würde man das jemandem wünschen, den man wertschätzt? Genauso wenig, wie man ihm wünschen würde, sich einer irren Sekte anzuschließen oder zum Junkie zu werden.

Es ist, als müsse die "Staatsräson" gegenüber Israel gerade deshalb weit über die Grenzen der Menschlichkeit hinaus exekutiert werden, um damit die Hände frei zu bekommen, die selbe Straflosigkeit auch den ukrainischen Anhängern der Täter zukommen zu lassen. Es darf nicht auffallen, dass das eine Opfer überhöht und das andere ignoriert wird. Erst recht nicht, wenn ansonsten in den letzten zwei Jahrzehnten noch jede kleine Opfergruppe (außer den Kommunisten) mit einem eigenen Denkmal versehen wurde, aber nicht die 27 Millionen Sowjetbürger. Ja, es ist geradezu nützlich, wenn das Geschrei um die "Solidarität mit Israel" so absurd und abstoßend wird – das verhindert gleichzeitig, dass tatsächlich eine Anerkennung der sowjetischen Opfer eingefordert wird, weil jeder Mensch, der begriffen hat, dass Menschlichkeit eben nicht zwischen Kategorien von Mensch unterscheidet, so etwas nicht wollen kann.

Dem Kiewer Regime wird unterdessen dieselbe Straflosigkeit gewährt wie Israel; auch das begann bereits 2014 mit dem Schweigen nicht nur über Odessa, sondern auch über den Einsatz schwerer Waffen gegen den Donbass. Mit Verve wurden die Täter, die geistige Nachfolger von Tätern sind, deren Taten sie verherrlichen, zu Opfern deklariert, und das genügte, eben weil die Erinnerung an diesen anderen Genozid nicht etabliert ist. Jedenfalls nicht im Westen und nicht bei der jüngeren Generation.

Meinung
Wadephul und die präzise Grenze deutscher Schuld

Am Ende ist beides Heuchelei, aus Zweckmäßigkeit geboren und in eine moralische Soße getunkt, damit der größere der damaligen Völkermorde nicht im Weg steht, wenn man jene füttert, die den Versuch gerne wiederholen würden. Oder eben selbst davon träumt, ihn zu wiederholen. Denn auch wenn die Variante "Staatsräson" eine verwerfliche ist – manchmal hilft es, die Welt wieder etwas normaler wahrzunehmen, wenn man sich nur vorstellt, was der staatliche Beauftragte für Antirussismus mal wieder zu den neuesten Sätzen von Merz sagen würde.